

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 12. April 2008 in Neuruppin

## Beschluss

Seite 1 von 12

### Kommunalwahlprogramm

#### Präambel

Die FDP stellt fest:

Brandenburg zu gestalten bedarf langfristiger Lösungen.

Der derzeitige demographische Wandel ist eine besondere Herausforderung. Berlin als Magnet bewirkt dabei eine teilweise Umkehrung der Folgen dieses Wandels.

Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen verändern die Gesellschaft bis in die Familien hinein.

Attraktive Angebote in Kultur und Sport, besonders für die Jugend, können Beitrag zum Sozialverhalten, zur Bildung und zur Gesundheit sein.

Der Bürger mit seinem ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagement ist die tragende Säule der freiheitlichen Gesellschaft. Darum ist mehr Staat keine Lösung. Eine schlanke, leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung unterstützt alle Bürger bei Flächen deckendem Zugang zu notwendigen Informationen, zu Bildungs- und sozialen Einrichtungen und bei der Gestaltung des Zusammenlebens im nachbarlichen Umfeld.

Wir unterstützen den Brandenburger Bürger, der sein Leben eigenverantwortlich für soziale Gerechtigkeit in Freiheit gestalten will.

#### I Bildung: Köpfe sind unser Kapital

Bildung braucht Freiheit und Wettbewerb. Bildung ist ein Standortfaktor für Ansiedlungsentscheidungen. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung ist allen zu ermöglichen. Schule soll erziehen und Werte vermitteln.

Bildung beginnt schon vor der Schule in Elternhaus und Kita. Schon in der Kita soll spielend gelernt, sollen die Erzieherinnen entsprechend qualifiziert werden. Freie und kirchliche Träger von Kitas dürfen gegenüber staatlichen Einrichtungen nicht benachteiligt werden. Wir brauchen Netzwerke zwischen Kitas, Schulen, Betrieben und der Verwaltung, um Bildungsprozesse zu stärken.

Kleine Menschen brauchen kurze Wege und kleine Klassen für große Leistungen. Aufgabe der Politik ist es, den Schulen möglichst viel Eigenverantwortung und den Eltern Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Schulkonzepten zu geben. Die Schulen sollen selbst über ihr pädagogisches Profil, über Spezifik und Schwerpunkte ihrer Lehrpläne, über ihr Personal und über ihre Sachmittelausstattung entscheiden. Dazu brauchen sie Globalbudgets, in deren Verwendung sich die Politik nicht einmischte. Vor Ort wissen die Menschen am besten, was ihre Schule braucht.

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 2 von 12

1 Die FDP bekennt sich dazu, dass Schule auch erziehen und Werte vermitteln muss. Wir  
2 wollen keine ständige Debatte über Schulstrukturen, sondern Freiheit für verschiedene  
3 staatliche und private Modelle, die sich im Wettbewerb um die „Kunden“ bewähren  
4 müssen. Schuleinzugsgebiete sind abzuschaffen. Eltern haben freies Wahlrecht.  
5 Schulleiterstellen sind offen auszuschreiben. Die Wahl des Schulleiters erfolgt durch die  
6 Schulkonferenz und bedarf der Bestätigung durch den Schulträger.

7  
8 Wir befürworten zentrale Prüfungen nach der 10. Klasse und ein Zentralabitur. Wie das zur  
9 Prüfung nötige Wissen vermittelt wird, ist Sache der jeweiligen Schule. Die Schulkonferenz  
10 und der Schulträger sollen über die Klassenstärken entscheiden. Kleine Schulen sind zu  
11 erhalten, wenn die Schulträger es wollen und finanzieren.

12  
13 Private Schulen dürfen gegenüber staatlichen Schulen nicht schlechter behandelt werden.  
14 Die FDP befürwortet auch die Gründung von Internaten.

15  
16 Lehrer sind heute Organisatoren des Lernens, Trainer, Begleiter und Berater und für die  
17 Rahmenbedingungen des Lernprozesses und auch die Disziplin zuständig.

18  
19 Die FDP fordert, dass die Schulen ein Budget erhalten, um die Lehrer selbst einzustellen.  
20 Wenn Schulen selbst Lehrer einstellen dürfen, wird sich auch die Lehrerausbildung an den  
21 Hochschulen, die praxisbezogen erfolgen muss, stärker dem Wettbewerb stellen müssen.

22  
23 Dem Fachkräftemangel ist durch Perspektiven vor Ort statt Wegzugsprämien  
24 vorzubeugen. Wir brauchen Oberstufenzentren auf modernstem Stand. Zusätzlich sind die  
25 Erfahrungen und Fähigkeiten älterer Mitbürger zu nutzen. Wir brauchen u.a. betriebliche  
26 Ausbildungsverbünde und Patenschaften für begleitende Maßnahmen bei der Ausbildung  
27 von Jugendlichen mit Ausbildungsproblemen, insbesondere auch für Kinder aus  
28 Migrantenfamilien. Die Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung sowie zur Bildungs- und  
29 Freizeitgestaltung (z.B. Sprachenlernen) mit Hilfe moderner Kommunikationstechnologien  
30 und die Möglichkeiten flexibler Teilzeitbeschäftigung auch von Facharbeitern im  
31 Rentenalter sind auszuweiten.

32  
33 Lebenslanges Lernen gewinnt immer mehr Bedeutung. Berufliche Fort- und Weiterbildung  
34 für die Älteren haben den gleichen Stellenwert wie Schule und Studium für die Jüngeren.  
35 Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, aber auch die Weiterbildung in den  
36 Betrieben sind zu fördern. Entsprechende Angebote müssen deshalb gehalten bzw.  
37 erweitert werden. Die berufliche Erfahrung vieler Senioren lässt sich auch für die  
38 Weiterbildung nutzen.

39  
40 Außerdem befürwortet die FDP die Gründung von Lehrlingswohnheimen.

41  
42 Bildung braucht Freiheit und Wettbewerb.

43  
44

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 12. April 2008 in Neuruppin

## Beschluss

Seite 3 von 12

### II Soziale Verantwortung für Jugend, Familie und Senioren

1  
2  
3 Mit liberaler Sozialpolitik wollen wir denjenigen helfen, die dazu selbst nicht in der Lage  
4 sind. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche. Sozialleistungen sollen einen  
5 Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung bieten. Deshalb muss deren Zielgenauigkeit  
6 überprüft werden. Im Sinne einer aktivierenden Sozialpolitik sind die derzeitigen  
7 Möglichkeiten zur Schaffung von 1-Euro-Jobs zu nutzen, aber nicht, um Beschäftigungen  
8 im ersten Arbeitsmarkt zu ersetzen. Bei der Erfüllung sozialer Aufgaben ist das private  
9 Engagement zu fördern. Wir unterstützen deshalb besonders Nachbarschaftshilfen,  
10 Betreuungsvereine, soziale Netze, Eigeninitiativen und Selbsthilfegruppen. Durch die  
11 demographischen Veränderungen steigt die Zahl hilfebedürftiger älterer Mitbürger  
12 erheblich an. Die daraus entstehenden sozialen Aufgaben können nur durch ein  
13 Zusammenwirken professioneller Dienste mit ehrenamtlichen Helfern in der Gemeinde  
14 gelöst werden. Außerdem sind von den Städten und Gemeinden geeignete Arbeitslose für  
15 zusätzliche Betreuungsaufgaben verstärkt zu beteiligen, die im aktuellen Pflegesystem  
16 anders nicht mehr geleistet werden können – beispielsweise persönliche Gespräche – und  
17 die in keiner Konkurrenz zu bestehenden privatwirtschaftlichen Angeboten stehen.

18  
19 Die Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben muss  
20 verbessert werden. Dies erreicht man mit behindertengerechten Zugängen zu kulturellen  
21 Einrichtungen oder durch eine fundierte Beratung durch die kommunalen  
22 Behindertenbeauftragten.

23  
24 Wir wollen einen „Kommunalplan für Behinderten- und Altenhilfe“, der im Zusammenwirken  
25 mit allen sozialen Institutionen und Initiativen eine Bestandsaufnahme vornimmt und  
26 Handlungsanleitungen für die Kommunen entwickelt. Bürgerschaftliches Engagement,  
27 insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten, müssen ausgebaut werden. Deshalb fordern wir  
28 die Erhöhung der Steuerfreibeträge sowie die Verbesserung des Spendenabzugs.

29  
30 Die Verirrung junger Menschen zum Extremismus ist vor allem eine Folge von  
31 Perspektivlosigkeit und Überforderung der Erziehenden. Der langfristige Einsatz  
32 qualifizierter Sozialarbeiter und Sozialpädagogen kann Eltern und Erziehern helfen,  
33 Kindern und Jugendlichen demokratische und soziale Werte zu vermitteln. Die FDP will  
34 mehr Mittel für die Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen und den Ausbau von  
35 Betreuungsangeboten für Familien. Angebote projektorientierter Jugendarbeit wie z.B.  
36 Kreativzentren sind zu fördern, um die Bindung junger Menschen an ihre Region zu  
37 erhöhen. Wir fordern eine stärkere Vernetzung von privaten Initiativen und Vereinsarbeit  
38 (Modell „Jugendhaus“) und die Überprüfung und Stärkung der Jugendsozialarbeit vor Ort.  
39 Dazu gehört die intensive Förderung von parlamentarischen Planspielen (z.B. „Jugend und  
40 Parlament“). Die FDP ist für die Gründung von Jugendparlamenten. Jugendparlamente  
41 sollen Anhörungsrecht bei jugendrelevanten Themen in den Gemeindevertretungen  
42 erhalten und Gastmitglieder in den Ausschüssen stellen können. Die konkrete  
43 Ausgestaltung der Modalitäten bleibt den Städten und Kommunen überlassen.  
44

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 4 von 12

1 Die Zukunftsfähigkeit vieler Gemeinden hängt davon ab, dass junge Familien vor Ort  
2 Perspektiven finden. Bei der Umsetzung der von Bund und Land kommenden Vorgaben für  
3 die Betreuung von Kindern setzt die FDP nicht nur auf staatliche Betreuungseinrichtungen,  
4 sondern auch auf private Anbieter. Kommunen sollen darauf achten, ausreichend  
5 Spielplätze-, Bolz- und Sportplätze sowie Grünflächen für Kinder zur Verfügung zu halten.

6  
7 Wir verlangen die weitere Öffnung des Sozialmarktes für eine große Vielfalt von  
8 Betreiberkonzepten. Konkurrenz nutzt den Kunden. Voraussetzung für das Funktionieren  
9 des Marktes im Sozialmarkt sind Verbraucherinformationen, die auf Transparenz und  
10 umfassender Leistungsdarstellung beruhen. Alternative Angebote dürfen nicht behindert  
11 werden, sondern sind zu stärken, auch, um Kinderbetreuung auch außerhalb normaler  
12 Kita-Öffnungszeiten zu gewährleisten.

13  
14 Über kostenlose Schulspeisung und Schülerbeförderung entscheiden die Kommunen im  
15 Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst. Die FDP setzt sich dafür ein, dass diese sozialen  
16 Leistungen allen, auch den Kindern erwerbstätiger Eltern, zugute kommen.

17  
18 Arbeit, bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe als Ausdruck von Freiheit  
19 und Verantwortung im Alter sind Grundforderungen liberaler Gesellschaftspolitik.

20  
21 Die FDP setzt sich ein für die Intensivierung von Städtepartnerschaften.

22  
23 Die FDP will ehrenamtliche Tätigkeit politisch stärker würdigen.

### III Kultur ist Leben

24  
25  
26  
27 Bei Bevölkerungsrückgang und abnehmender Mobilität muss die Kultur zu den Menschen  
28 kommen. Für die Bewohner des äußeren Entwicklungsraumes muss die Möglichkeit  
29 erhalten bleiben, an kulturellen Veranstaltungen teilzuhaben.

30  
31 Kultur ist zuallererst ein kommunal verantworteter Bereich. Bei überregional und national  
32 bedeutenden Projekten und Einrichtungen wird er durch die Länder und den Bund  
33 mitgestaltet und mitfinanziert. Dabei ist Kultur für Liberale nicht nur ein Stück  
34 Lebensqualität, sondern ein wichtiger Standortfaktor für die Kommunen und ein  
35 wesentlicher Beitrag zur Förderung des Tourismus, auch durch engagierte Stadtbildpflege  
36 (Denkmalschutz). Teil unseres liberalen Verständnisses ist auch die aktive Unterstützung  
37 der sorbischen (wendischen) Kultur und die Kooperation mit den polnischen Nachbarn.

38  
39 Kulturelle Bildung, z.B. beim Musizieren, ist auch soziales Training. Sie schult Kinder und  
40 Jugendliche, friedlich und fair miteinander umzugehen und gemeinsam etwas zu  
41 erarbeiten. Durch die Wahrung des kulturellen Erbes sowie Heimatpflege wird eine  
42 verbesserte regionale Identität hervorgerufen und der Abwanderung entgegengewirkt.  
43 Kultur ist in besonderer Weise ein Feld für das persönliche und ehrenamtliche Engagement  
44 der Bürger.

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 12. April 2008 in Neuruppin

## Beschluss

Seite 5 von 12

1 Die FDP setzt sich deshalb ein für einen kommunalen Kulturpass für Kinder und  
2 Jugendliche, um das kulturelle Interesse zu fördern. Über Einführung und Ausgestaltung  
3 entscheiden die Kommunen selbst.

4 Das Lesen als grundlegende Kulturtechnik ist weiter zu fördern. Bibliotheken sind auf  
5 aktuellem Stand zu sichern.

6 Für Kultur- und Heimatpflege durch privates Engagement, z.B. in Fördervereinen, sind gute  
7 Rahmenbedingungen zu schaffen, wie etwa durch Bereitstellung von kommunaler  
8 Infrastruktur (Räumlichkeiten usw.).

9 Gerade in Zeiten knapper Kassen darf die Kultur nicht an Gemeinde- und Kreisgrenzen  
10 haltmachen. Kultureinrichtungen müssen in die Fläche ausstrahlen. Dazu sind geeignete  
11 Formen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln, z.B. die Nutzung  
12 von Kulturhäusern in den Gemeinden für Gastspiele von Theatern und Orchestern.

13 Kommunale Musikschulen sind ein Teil der öffentlichen kulturellen Daseinsvorsorge. Im  
14 Bereich der musikalischen Betätigung und Erziehung sind Kooperationen auch mit Kitas,  
15 Schulen und anderen Einrichtungen, z.B. Kirchen, anzustreben.

### IV Sport ist ein Aushängeschild

17  
18  
19 Ein umfassendes Angebot zu sportlicher Betätigung ist nicht nur ein wichtiger  
20 Standortfaktor, sondern leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zu Bildung,  
21 Sozialverhalten und Gesundheit.

22  
23 Wir unterstützen den Breitensport ebenso wie den Spitzensport und die sportliche  
24 Betätigung als Freizeitgestaltung oder Therapie. Wir wollen, dass die Kommunen als  
25 Schulträger die materiellen Voraussetzungen für qualitativ hochwertigen Sportunterricht  
26 ebenso wie für Freizeitsport schaffen. Die bestehenden Sportstätten sollen bei  
27 gleichzeitiger Rekonstruktion und Modernisierung erhalten und dem Übungs- und  
28 Trainingsbetrieb der gemeinnützigen Vereine bereitgestellt werden. Dies darf aber nicht zu  
29 überproportionalen Erhöhungen der Hallennutzungsgebühren führen. Dabei sollen  
30 Sporttalente gesichtet und gefördert werden.

31  
32 Wir unterstützen das Ehrenamt im Sport, von dem der Sport wesentlich lebt. Die FDP  
33 achtet die Fachkompetenz der Brandenburger Sportvereine.

34  
35 Die Bewerbungen von Brandenburger Städten und Regionen für die Ausrichtung  
36 internationaler Sportveranstaltungen unterstützen wir.

### V Demographischen Wandel bewältigen

37  
38  
39  
40 Die dirigistische Vorstellung, mit dem Leitbild der dezentralen Konzentration ein  
41 gleichmäßiges Wachstum auf alle Regionen zu verteilen, ist gescheitert. Tatsächlich

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 6 von 12

1 brauchen wir kleinräumige Lösungen, die den jeweiligen Gegebenheiten entsprechen. Es  
2 muss vor Ort entschieden werden, welchen Umfang die benötigte technische Infrastruktur  
3 haben und wie der Nahverkehr organisiert werden soll, welche kulturellen, medizinischen,  
4 Bildungs- und Sporteinrichtungen erhalten oder ausgebaut werden können. Dirigistische  
5 Eingriffe des Landes, egal ob als Wegzugsprämie oder Umzugshilfe, werden abgelehnt.  
6

7 Im Flächenland Brandenburg werden Arzt- und Schulbesuch, aber auch Beantragungen  
8 von Harz IV-Geldern oder der Fahrerlaubnis für die auf dem Land lebende Bevölkerung  
9 immer schwieriger. Die FDP fordert die Umsetzung mobiler und dezentraler  
10 Versorgungskonzepte wie Medimobile, Supermärkte auf Rädern sowie den weiteren  
11 Ausbau von Online-Beantragungsverfahren, u.a. für Kfz-Anmeldungen. Dazu gehören  
12 Breitbandanschlüsse. Wir brauchen Bürgerzentren (mit IT-Terminals und Beratung  
13 /Hilfsstellung durch Verwaltungskräfte) auch für diejenigen, die zuhause nicht über die  
14 entsprechenden Einrichtungen verfügen bzw. die Techniken nicht beherrschen sowie  
15 rollende Rathäuser, die zu den Menschen fahren. Die Internetauftritte aller Kommunen sind  
16 zu verbessern und nutzerfreundlicher zu gestalten.  
17

18 Die medizinische Versorgung muss auch in der Fläche gewährleistet werden. Schon jetzt  
19 herrscht im äußeren Entwicklungsraum in Brandenburg ein zunehmender Ärztemangel.  
20 Selbst die hausärztliche Versorgung ist zunehmend gefährdet. Die gesetzlichen  
21 Rettungsfristen müssen eingehalten werden. Die verfehlte Gesundheitspolitik der  
22 Bundesregierung macht das Problem noch schlimmer, da sie an der Übernahme einer  
23 Praxis auf dem Lande interessierte Bewerber abschreckt. Deshalb sind Möglichkeiten zu  
24 schaffen, einen Praxisbetrieb die ganze Woche über sicherzustellen, die Besetzung der  
25 Praxis mit ärztlichem Personal aber flexibel zu gestalten.  
26

27 Das Leben im äußeren Entwicklungsraum verlangt Mobilität. Erforderlich ist daher die  
28 Anpassung und Flexibilisierung des ÖPNV. Reicht die Nachfrage nach Linienverkehren  
29 nicht mehr aus, so müssen alternative, flexible und wirtschaftliche Lösungen angeboten  
30 werden. Die überregionalen Verbindungen, insbesondere der regionalen Zentren im  
31 äußeren Entwicklungsraum mit dem Ballungszentrum Berlin/Potsdam, sind weiterhin mit  
32 schnellen Regionalexpress-Zügen sicherzustellen. Die Konzessionen für den Schienen-  
33 Regionalverkehr sind jedoch verstärkt auszuschreiben, um Kosten einzusparen, die für die  
34 finanzielle Unterstützung kleinräumlicher Zubringerverkehre genutzt werden und  
35 Einschnitte bei der Fördermittelzuweisung abfangen können.  
36

37 Ortskerne, insbesondere in touristischen Gemeinden, sind durch geeignete  
38 verkehrsberuhigende Maßnahmen zu entlasten. Bei verkehrsberuhigten Zonen in  
39 Innenstädten ist die Belieferung von Handel und Gewerbe zu gewährleisten.  
40

41 Parkverbotszonen sind nur dort einzurichten, wo parkende Autos tatsächlich Autos,  
42 Radfahrer und Fußgänger behindern. Zusätzlich und wo möglich soll durch maßvolle  
43 Verflüssigung des Straßenverkehrs eine Senkung der Belästigung von Anwohnern und der  
44 Umweltbelastung erreicht werden. Überflüssige Verkehrsschilder und künstliche  
45 Hindernisse, die nicht der Verkehrssicherheit dienen, sollen entfernt werden. Tempo-30-

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 7 von 12

1 Regelungen sind auf reine Wohngebiete sowie Strecken vor Schulen, Kindergärten,  
2 Spielplätzen und sonstigen Gefährdungsbereichen zu beschränken, möglichst mit zeitlicher  
3 Begrenzung. Ein gut ausgebautes Fuß- und Radwegenetz soll für sichere Wege zu  
4 Kindergärten und Schulen sorgen. An den Haltestellen des ÖPNV soll es sichere  
5 Fußgängerüberwege geben. Querungshilfen reichen hier oft nicht aus.

6  
7 Wohnungs- und Gewerbebau sind deutlich stärker an den Erfordernissen energieeffizienter  
8 Systeme zu orientieren. Dabei sind alten- und behindertengerechte Bauweisen stärker in  
9 den Vordergrund zu stellen. Vermieter und Mieter müssen von Investitionen in die  
10 Gebäudesanierung profitieren.

11  
12 Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die einer weiteren Zersiedlung der Landschaft  
13 vorbeugen und die Innenstädte wieder attraktiver machen. Konzentration statt  
14 Zersiedelung.

15  
16 Bei der Trinkwasserversorgung sowie der Abwasserentsorgung sind ein Rückbau  
17 überdimensionierter Anlagen sowie interkommunale Kooperationen zu erwägen.  
18 Feuerwehr und Rettungsdienste sollen ebenfalls stärker zwischen den Kommunen vernetzt  
19 arbeiten. Neben der erforderlichen Gewinnung des Nachwuchses stellen sie ein  
20 wesentliches Element der kommunalen Jugendarbeit dar.

21  
22 Viele ältere Mitbürger wollen sich auch außerhalb der Familie engagieren. Das gilt auch für  
23 viele allein stehende ältere Menschen. Viele wissen zudem gar nicht, wen sie wegen eines  
24 möglichen Engagements für andere ansprechen könnten. Deshalb sollten  
25 Freiwilligenagenturen verstärkt gegründet und ausgebaut werden.

26  
27 In einer Zeit, in der viele Familien nicht mehr im Familienverbund beisammen sind, ist es  
28 wichtig, dass Möglichkeiten zum generationenübergreifenden Zusammensein bereitgestellt  
29 werden. Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen und andere  
30 offene Angebote sind besonders zu fördern, weil sie die Selbstbestimmung im Alter  
31 weitestgehend gewährleisten.

32  
33 Bei Straßenbaumaßnahmen soll den betroffenen Anwohnern ein stärkeres Mitspracherecht  
34 eingeräumt werden.

35  
36 Der Wohnungsbau ist grundsätzlich nicht Aufgabe von Kommunen. Bei Privatisierungen  
37 öffentlicher Wohnungsbestände ist auf eine Belegungsbindung zu achten.

### VI liberaler Rahmen für kommunale soziale Marktwirtschaft

38  
39  
40  
41  
42 Wir wollen Menschen Perspektiven bieten. Arbeitsplätze mit beruflichen Chancen sind  
43 Voraussetzung dafür. Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen  
44 Wirtschaft sind der Schlüssel für künftige Chancen der Einwohner, geringere Soziallasten  
45 für den öffentlichen Haushalt und mehr Stabilität für das Gemeinwesen.

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 8 von 12

1 Kommunale Wirtschaftsförderung muss ein mittelstandsfreundliches Klima für  
2 Unternehmer und Investitionen schaffen. Neben der Infrastruktur einer Kommune sind die  
3 politischen und administrativen Verhältnisse entscheidend für die Beurteilung eines  
4 Standortes. Die Verantwortung auf kommunaler Ebene reicht von der Festsetzung von  
5 Hebesätzen über die Umsetzung des Bau- und Umweltrechts bis zur Vermeidung von  
6 Hürdenläufen durch die Bürokratie.

7  
8 Deshalb wollen wir die konsequente Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der  
9 Kommunen und die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Leistungen sind an private  
10 Unternehmen zu übertragen, wenn diese die Leistungen bei gleicher Qualität und  
11 Zuverlässigkeit zu gleichen oder niedrigeren Preisen erbringen können. Kommunen dürfen  
12 sich nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies  
13 erfordert. Dabei ist nicht nur zu prüfen, ob es sich um eine kommunale Aufgabe handelt,  
14 sondern zusätzlich darzulegen, weshalb auch die Erfüllung dieser Aufgabe kommunal und  
15 nicht durch beauftragte Private wahrzunehmen ist.

16  
17 Falls kommunale Unternehmen nicht privatisiert oder ersetzt werden können, dürfen diese  
18 ihren öffentlichen Auftrag nicht auf so genannte Nebentätigkeiten ausweiten. Ihr  
19 Mehrwertsteuerprivileg und der fehlende Zwang zu echter Kostenkalkulation verzerren den  
20 Wettbewerb zulasten des Mittelstands.

21  
22 Die Rekommunalisierung von Leistungen wird grundsätzlich abgelehnt.

23  
24 Private Unternehmen sollen gegen Verletzungen obiger Grundsätze klagen können. Die  
25 FDP Brandenburg will deshalb § 91 Absatz 1 Satz 2 der Kommunalverfassung („Die  
26 nachfolgenden Regelungen dienen ausschließlich dem Schutz der Leistungsfähigkeit der  
27 Gemeinden.“) streichen. Die gemeindewirtschaftsrechtlichen Regelungen müssen auch  
28 und gerade dem Schutz mittelständischer und kleiner Unternehmen dienen.

29  
30 In den Beteiligungsberichten der Kommunen und in den Jahresabschlüssen kommunaler  
31 Unternehmen sind im Interesse einer höheren Transparenz die Gehälter der Vorstände  
32 bzw. Geschäftsführungen offen auszuweisen.

33  
34 Die FDP Brandenburg will die Offenlegung der Bilanzen kommunaler Gesellschaften.

35  
36 Damit die Vergabe kommunaler Aufträge transparent wird, haben die Gemeinden  
37 regelmäßig Vergabeberichte vorzulegen.

38  
39 In der Wirtschaftsförderung ist das Prinzip der bisherigen „Gießkannenförderung“ zu  
40 ersetzen. Der Einsatz für die Schaffung von Lehrstellen ist wesentlicher Bestandteil  
41 kommunaler Wirtschaftsförderung gegen künftigen Fachkräftemangel.

42  
43 Die Möglichkeiten öffentlich-privater Partnerschaften beim Errichten, Betreiben und  
44 Sanieren von Bauwerken und Infrastruktur sind stärker zu nutzen.

45



# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 9 von 12

1 Die FDP Brandenburg lehnt die Einschränkung des Örtlichkeitsprinzips ab, da die  
2 demokratische Legitimation der Kommunalvertretungen sich auf das Gemeinde- bzw.  
3 Kreisgebiet beschränkt. Aufgaben, die überregionales oder gar internationales Tätigwerden  
4 erfordern, sind keine kommunalen Aufgaben.  
5

6 Für Transparenz und wirksame demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung  
7 fordert die FDP Brandenburg eine ausnahmslose Pflicht zur vorherigen öffentlichen  
8 Bekanntmachung von Plänen zur Gründung oder Erweiterung kommunaler Unternehmen.  
9 Das Berufen auf Betriebsgeheimnisse verträgt sich nicht mit den demokratischen  
10 Verpflichtungen der Kommunalverwaltungen.  
11

12 Die Fraktionen der FDP in den Kreisen, Städten und Gemeinden setzen sich konsequent  
13 für die Einhaltung obiger Grundsätze ein.  
14

#### VII Umwelt, Landwirtschaft und Energie sichern die Zukunft für unser Leben

15  
16  
17 Regionen, die von der Landesregierung ohne Wachstumskern sich selbst überlassen  
18 werden, erhalten durch Landwirtschaft und Tourismus eine neue Chance.  
19

20 Landwirtschaft ist eine High-Tech-Branche. Die Kommunalpolitik kann durch  
21 entsprechende Rahmenbedingungen Wachstum fördern und eine gesicherte  
22 Lebensgrundlage für Arbeitnehmer im ländlichen Raum bieten.  
23

24 Landwirte brauchen Rechts- und Planungssicherheit. Die Liberalen werden sich  
25 populistischen Beschlüssen entgegenstellen, die Landwirten pauschal oder sogar  
26 nachträglich Anbaumethoden untersagen.  
27

28 Als liberale und zukunftsorientierte Partei wird sich die FDP für einen vermehrten Einsatz  
29 von alternativen Energieformen einsetzen. Dies geschieht jedoch kritisch. Wo  
30 Windkraftträder die Landschaft in Tourismusgebieten verschandeln würden, soll keine  
31 Baugenehmigung erteilt werden. Wo Menschen wohnen, muss ein Sicherheitsabstand von  
32 mehr als 1500 Metern eingehalten werden. Wir sind gegen Subventionen für Windräder  
33 und gegen Windparks in Regionen, die Rast-, Brut- oder Durchzugsgebiet von großen  
34 Vogelpopulationen sind.  
35

36 Die Braunkohleförderung und -verstromung trägt einen erheblichen Anteil zum  
37 Brandenburger Bruttoinlandsprodukt bei und bietet tausende gut bezahlte Arbeitsplätze.  
38 Die umfangreichen Investitionen der letzten Jahre verlangen Bestandssicherheit. Sie  
39 haben dazu beigetragen, die Umweltsituation in der Lausitz entscheidend zu verbessern.  
40 Die mit der Verstromung verbundenen hohen CO<sup>2</sup>-Emissionen müssen sinken. Dazu  
41 sind die konventionelle Kraftwerkstechnik effizienter zu machen und auch völlig neue  
42 Ansätze zu erproben. Ein vorzeitiger Ausstieg aus der Braunkohle hätte das Ende dieser  
43 Vorhaben zur Folge.  
44

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 10 von 12

1 Das Offenhalten der Option zur Braunkohlenutzung beinhaltet kein Nachlassen der  
2 Bemühungen um Weiterentwicklung und stärkeren Einsatz alternativer Energien. Das  
3 belegt auch die bisher erfolgreiche Entwicklung entsprechender Unternehmen in  
4 Brandenburg auf den Gebieten Windenergie, Biogas, Biosprit und Geowärme. Diese  
5 Vielfalt soll erhalten bleiben.

6  
7 Wir wollen, dass Kommunen ihre Planungshoheit dafür nutzen.

#### VIII Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen

8  
9  
10  
11 Die Beteiligung der Bürger an kommunalen Entscheidungen muss gestärkt werden.  
12 Einwohner sollen in die Wahrnehmung der örtlichen Aufgaben aktiv einbezogen werden.  
13 Die Gestaltung gemeindlicher Entwicklung soll nicht allein den gewählten Vertretern und  
14 der Verwaltung überlassen bleiben. Die neue Kommunalverfassung, die am Wahltag, dem  
15 28. September 2008 in Kraft tritt, gibt den Kommunen die Möglichkeit, in ihren  
16 Hauptsatzungen die Rechte der Bürger festzulegen. Dies ist ein Schritt zu mehr  
17 Eigenständigkeit der Kommunen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die heute  
18 geltenden Rechte der Bürger eingeschränkt werden.

19  
20 Die FDP in Brandenburg setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen ein. Die  
21 Gemeindeverwaltungen und die Gemeindevertreter sollen unmittelbare Rückmeldungen  
22 aus der Bürgerschaft zu den Zielen ihrer Politik erhalten. Bürger sollen in die  
23 Entscheidungsprozesse der gewählten Vertreter und der Verwaltung rechtzeitig und  
24 umfassend einbezogen werden. Die FDP setzt sich für sog. „Bürgerhaushalte“ ein. Dabei  
25 können Bürger Vorschläge für den Haushalt der Kommune machen. Der Sachverstand der  
26 Bürger darf nicht ausgeklammert bleiben.

27  
28 Die Öffnungszeiten der Verwaltungen sollen bürgerfreundlicher gestaltet werden.

29  
30 Jugendliche sollen mehr Chancen zur Mitwirkung in den Gemeinden erhalten. Deshalb  
31 fordert die FDP das aktive Wahlrecht mit 16 Jahren für Kommunalwahlen im Land  
32 Brandenburg.

#### IX aktive Verantwortung für unser Zusammenleben

33  
34  
35  
36 Der Extremismus ist ein ernst zu nehmendes Problem. Die Liberalen in Brandenburg  
37 werden sich dafür einsetzen, dass extreme Gruppen nicht mehr Forum für ihre Parolen  
38 bekommen, als rechtlich zwingend ist. Alle Mittel des Rechtsstaates müssen ausgeschöpft  
39 werden, um zu verhindern, dass die extremistischen Gruppen ihr bürgerliches oder  
40 pseudosoziales Image weiter schärfen können. Die Demokratie stärkt man durch gute  
41 parlamentarische und demokratische Praxis. Die Demokraten müssen geschlossen gegen  
42 jede Form von Extremismus stehen.

43  
44 Der Fraktionsstatus bedeutet auch für kleinere politische Gruppen verbesserte  
45 Arbeitsbedingungen. Darum muss die neue Regelung zu Fraktionsmindeststärken nach

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 11 von 12

1 § 32 der Kommunalverfassung korrigiert werden. Denn die sehr personalisiert gewählten  
2 kommunalen Mandatsträger müssen mit angemessenen Rechten und Arbeitsbedingungen  
3 befähigt werden, ihren Wählerauftrag zu erfüllen. Sonst würde der Wählerwille durch eine  
4 indirekte Sperrklausel (eine Mindeststärke von 4 Sitzen entspricht ca. 9%) entwertet.  
5

6 Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit zur Entfaltung, ebenso wie konsequenten  
7 Schutz vor Kriminalität, Belästigung und Unsicherheit. Beste Vorbeugung gegen  
8 Kriminalität, insbesondere bei jungen Menschen, sind Bildung und Ausbildung. Prävention  
9 und konsequente Bekämpfung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sind nicht nur  
10 Angelegenheit von Polizei und Behörden, sondern gehen uns alle an.  
11

12 Wir wollen deshalb in Zusammenarbeit mit der Polizei Konzepte entwickeln, um frühzeitig  
13 der Entwicklung von sozialen Brennpunkten entgegenzuwirken. Nachbarschaftshilfen,  
14 Vereine, Verbände und Kirchen, die auch gefährdeten Kindern und Jugendlichen eine  
15 sinnvolle Freizeitbeschäftigung bieten, sind zu fördern.  
16

17 Die kommunalen Behörden, insbesondere Jugendämter und Ausländerbehörde, müssen  
18 eng mit Justiz und Polizei zusammenarbeiten. Besonders für jugendliche Intensivtäter sind  
19 gemeinsame Strategien zu entwickeln. Dabei sind Schulen, Vereine und Sozialarbeiter  
20 einzubeziehen. Für all dies brauchen wir auch eine angemessene Personal- und  
21 Finanzausstattung von Kommunen.  
22

23 Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze stellt für Liberale keine Alternative dar.  
24 Die ständige Erreichbarkeit der Kontaktbereichsbeamten ist sicherzustellen.  
25

26 Das Polizeigesetz ist auch durch den Innenminister einzuhalten. Die Polizeibeiräte sind vor  
27 Wachenschließungen anzuhören.  
28

29 In der Gemeindeordnung und den Beamtengesetzen des Landes sind die Altergrenzen für  
30 Landräte, Bürgermeister und Amtsdirektoren aufzuheben. Jeder soll selbst entscheiden, ob  
31 er nach Erreichen des Rentenalters weiterarbeiten möchte oder nicht.  
32

33 Verwaltungsvorschriften und Satzungen werden in geeigneten Fällen zeitlich begrenzt.  
34 Dadurch wird ein wirksamer Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.  
35

36 Zur Förderung des Engagements der Bürger im Ort sind verstärkt Bürgertelefone  
37 einzurichten. Dabei können auch Kompetenzen und Lebenserfahrung von Senioren  
38 erschlossen werden, die sich zu ihrem eigenen Schutz und im Interesse der Gemeinschaft  
39 einbringen wollen.  
40

### X Wer soll das bezahlen

41  
42  
43  
44 Die Finanzausstattung der Kommunen wird den zunehmenden Aufgaben nicht gerecht. Die  
45 Landesregierung verhält sich zentralistisch und verhindert mehr Eigenverantwortung der

# 18. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

## AM 12. April 2008 in Neuruppin

### Beschluss

Seite 12 von 12

1 Kommunen. Statt politisch motivierter Vergabe von Fördermitteln brauchen wir eine klare  
2 Funktionsabgrenzung und die verfassungsrechtlich gebotene Konnexität von  
3 Aufgabenübertragung und dazugehöriger Finanzausstattung.  
4

5 Die zunehmenden Disparitäten zwischen den Landkreisen erfordern mehr Autonomie zur  
6 Lösung der regional sehr unterschiedlichen Probleme. Kommunale Entscheidungen  
7 müssen sich an den gemeindlichen Notwendigkeiten orientieren und dürfen sich nicht auf  
8 Mitnahmeeffekte aus der Jagd auf Fördermittel reduzieren.  
9

10 Das Subsidiaritätsprinzip muss Grundlage einer Gemeindefinanzreform sein, die eine  
11 echte Selbstverwaltung in den Kommunen ermöglicht. Die Landesebene ist auf die  
12 Kompetenzen zu beschränken, die von den Kreisen und Gemeinden nicht wahrgenommen  
13 werden können.  
14

15 Die Kreisumlage ist auf max. 40% gesetzlich festzuschreiben.  
16

17 Sparsamkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit sind auch bei verbesserter Finanzausstattung  
18 Grundprinzipien kommunaler Haushaltsführung. Beim Übergang von der Kameralistik zur  
19 kaufmännischen Buchhaltung (Doppelte Buchhaltung in Konten) sollen die Wahlrechte so  
20 ausgenutzt werden, dass mehr Transparenz entsteht. Mit der FDP wird es ein  
21 verständliches und aussagefähiges Rechnungswesen geben, das auch durch die  
22 Gemeindevertreter kontrolliert werden kann.  
23

24 Neue Vorhaben sind streng auf Folgelasten wie Bewirtschaftungskosten, Personalbedarf  
25 und Instandhaltung zu prüfen.  
26

27 Das für die Aufgabenerfüllung der Kommunen nicht zwingend notwendige Vermögen ist  
28 zur Haushaltssanierung heranzuziehen. Beteiligungen und Grundvermögen sind zu  
29 veräußern, wenn die dadurch mögliche Schuldentilgung mehr Zinslasten erspart, als  
30 ansonsten Einnahmen erzielt würden.  
31

32  
33 **Die Kommunen können sich auf die Landesregierung nicht verlassen.**

34  
35 **Nehmen wir also unser Schicksal in die eigenen Hände und gestalten unser Umfeld**  
36 **in Freiheit und eigener Verantwortung.**  
37

38 **FDP: Stark vor Ort und gut für das Land!**  
39  
40